

**Zeitschrift:** Schweizer Frauenblatt : Organ für Fraueninteressen und Frauenkultur  
**Herausgeber:** Bund Schweizerischer Frauenvereine  
**Band:** 6 (1924)  
**Heft:** 46

**Heft**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 25.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



... die Verlegung des Großen Rates gleichkommt; darin liegt eine Gewähr für gedeihliche Zusammenarbeit von Exekutive und gesetzgebender Versammlung. Der neue Generalsekretär, Herr Pictet, hat sich bereits im Bundeshaus in Bern eingefunden, um die Geschäfte des bisherigen mit dem eidgenössischen Finanzminister zu besprechen.

**Eine Altersfürsorge für Basel.**  
Im Namen einer Gruppe von Initianten haben Nationalrat Dr. Kar Escher, Erziehungsrat Walter Meyer, Dr. Walter Stämpfli, Präsident der Jungfreiwillichen Vereinigung, und Dr. Edwin Straub, Redaktor der Nationalzeitung, ein Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Fürsorge für die Alten durch Gewährung von Altersrenten eingeleitet. Die Initianten gehen von der Erwägung aus, daß eine Altersversicherung des Bundes und des Kantons noch einen langen Weitezug zu gehen hat und daß man, um möglichst rasch praktische Erfolge für die Alten zu erzielen, neue Bahnen betreten muß. „Sobald man eine Altersfürsorge und nicht eine Altersversicherung schaffen will, ist man — so sagen die Initianten — nicht an versicherungstechnische Gesetze und Hemmnisse gebunden. Bedenke gerade deshalb, weil dem persönlichen Ermessen jeder freier Kaufmann, muß man vorzuziehen sein und sich vor einem „zu viel“, das leicht „gar nichts“ wird, hüten. Grenzen sind dem Ermessen gesetzt durch die Rücksicht auf die verfügbaren Finanzquellen, die auch in Basel-Stadt nicht unerheblich sind; sodann durch den Umfang, daß dieser erste Schritt aus dem Kanton Basel-Stadt nur ein Pionierschritt sein will, bestimmt als Vorabrede für die eigentliche Regelung zu wirken und von dieser in absehbarer Zeit abgelöst oder ergänzt zu werden, ob es sich bei ihr um ein Fürsorge oder um eine Versicherung handelt.“

Das formulierte Basler Initiativbegehren sieht für die Bezugsberechtigten eine Altersrente von 7.10 im Monat vor. Anspruch auf Auszahlung der Rente hätten während der Dauer ihres Wohnsitzes im Kanton Basel-Stadt Kantonsbürger und schweizerische Niederlassene, von dem Zeitpunkt an, an dem sie nach Erreichung des 70. Altersjahres entweder als Kantonsbürger ununterbrochen fünf Jahre oder als schweizerische Niederlassene ununterbrochen zwanzig Jahre im Kanton Basel-Stadt gewohnt haben. Eine Berücksichtigung Angehöriger fremder Staaten kann eintreten, wenn der Heimatsort Gegenrecht fällt. Das Initiativbegehren hätte das betreffende Gesetz mit Wirksamkeit ab 1. Januar 1926 in Kraft zu treten. Der Zentralvorstand der radikal-demokratischen Partei empfiehlt Unterzeichnung und Annahme der Initiative. — Diefelbe bildet einen neuen Beweis dafür, daß der Gedanke der provisorischen Altersfürsorge in unserm Lande dringend nach Verwirklichung ruft. J. M.

## Ausland.

**Die Präsidentschaftswahl in Amerika.**  
D. S. in den Vereinigten Staaten ist beständig ausgefallen. Calvin Coolidge, Vizepräsident der Herr Harding's u. nach dessen Ableben sein Nachfolger, erhielt eine große Mehrheit, auf 18 Millionen Stimmen. Sein demokratischer Gegenkandidat Davis, obwohl ihm bedeutende Qualitäten zu dem hohen Amt zuerkannt werden, blieb mit 8 Millionen weit zurück. Der neue Fortschrittler, der als dritter Kandidat auftrat, Senator La Follette aus Wisconsin, erlangte nur 4 Millionen. Dieses nur konnte ausfallen und wird Herrn La Follette selber wohl etwas stark enttäuscht haben. Nicht, daß er gebohrt hätte, Präsident zu werden. Er nahm das Schicksal einer Kandidatur auf sich, um aus seinen Anhängern eine neue Partei zu sammeln, welche die Aufgabe hätte, in der Union eine Erneuerung, etwas wie eine politische Renaissance heraufzuführen. La Follette — seine Familie soll waldländischen Ursprungs sein, daher der französische Name — ist der Mann der Opposition par excellence, der Opposition gegen die beiden bisherigen, „historischen Parteien“, Republikaner und Demokraten. Die Namen sind zufälligen Ursprungs und nicht zutreffend, als eine der auch zufällige und unzutreffende Name Miller Dean, Pacific. Es gibt ja drüben keine Monarchien, sind alle Republikaner, und die Demokraten be-

halten, was wir hier schon. Mit beiden Händen klammerte ich mich an ihr armes Kleid, um sie am Fortgehen zu hindern. Wie Seiden der vergangenen Monate sammelten sich auf dem Grunde meines Herzens. Und ich sagte mit Anstrengung:

„Zeit Julianna hier ist, ist alles nicht mehr, wie früher.“ Und mit erhabener Stimme sagte ich rasch hinzu: „Ja, ich meine, sie wäre tot.“

Mit ihrem littenweisen Gesicht blieb meine Mutter lange unbeweglich an meinem Bett liegen. Ich wagte keinen Laut mehr zu tun. An Stelle der Tränen, die ich erwartet hatte, der zarten Lippen Worte, die sich sonst immer zitternd erhoben, wenn ich mich gedanklich ihrer Aufmerksamkeit bediente, lösete dies lange Schweigen mit dumpfen Laut auf mich. Ich empfand mit Schrecken, daß ein fremdes Urteil über mich schwebte und mich trennen würde.

D. meine Mutter, mit ihrem schwarzen, pergamentenen Halsband, ihrem braunen Haarband am Hinterkopf, ihrem grauen Kleid, das sie nie mehr tragen sollte. Wie lieb ich sie, wie über mich neigend mit jedem Aufblick und weinend hinsehend.

„Granjames Kind, dein Wunsch ist erfüllt. O wie wohl tut dir mir.“

Tränen rannen über ihre Wangen und sie entfernte sich mit schmerzhaftem Schritt.

Obwohl sich diesem Tage Julianna kein Schmerz mehr war, wußte ich mit meinem Eltern, obwohl ihre Wege leer und stumm blieb, so war doch etwas in meinem Leben verändert. Man ließ mich nicht hüben für das fröhliche Wort, das meiner schlafenden Schwester zugeflogen war. ... Aber Tag um Tag arbeitete meine Mutter ohne Unterlaß daran, den Samen des Eigenen, den ihre große Zartheit, als ich noch ihr einziges Kind war, in mir gelat-

ten bloß eine Nance davon. Vor sechs einem Jahr eröffnete eine größere Zeitung die eine Umfrage über Wahlen und Einwirkung der beiden Parteien. Die Antworten, die davon humoristischer Art, oder auch satirisch gewürzt, kamen ungezählt darauf heraus: die beiden Parteien seien nicht sehr verschieden, an Weisheit, Fähigkeit und Moral an einander zu wagen: gleich parteihaftig, gleich parteimäßig verfahren, erstickt, verrotten, verfaßt, versteinert — formuliert. Im Punkt der Korruption sollen allerdings die Demokraten die besseren sein, wofür es wenigstens und haben J. 3. mit dem Kampf gegen die hochgelehrte Korruption sich zur Aufgabe gemacht gegenüber den hierzu zu verdammen, lagen und nicht ganz mit Unrecht verurteilten Republikanern.

An Korruption hat das Land, wo „Der Dollar regiert“ von jeher anfänglich viel gelitten, jedoch im Bereiche dazu unsere schweizerische Verwaltung und unsere Beamtenhaftigkeit mit samt ihren Mängeln, insbesondere reinlich und gesund erschienen. Zu der beständigen Verdrängung der Republikaner hat gerade das laufende Jahr noch ein großes, Mißgeschick erregendes, überliefertes Kapitel beigetragen, hatten doch hohe Staatsfunktionäre der Partei der Republikaner dem Staat gebührende Gelder um einen Augenblick an eine private Gesellschaft verlehrt und hohe Bezahlungsgelder in die eigene Tasche stecken lassen. Die Aufdeckung des Geschäfts war eine hohe Geschichte für das Wahljahr 1924, wo der Präsident und das Repräsentantenhaus (gleich unserem Nationalrat) neu zu wählen waren. Der Skandal wurde für die Republikaner etwas abgemildert dadurch, daß auch einzelne Demokraten nicht ganz frei und rein geblieben waren. Präsident Coolidge aber griff zu und hob die schuldigen Funktionäre, trotz verführerischer Abwehr, mit einschüchterndem Hand von ihren hohen Posten fern. So verwandelte der neue, die republikanische Partei belassende Skandal für den Präsidenten sich in eine positive Empfehlung. — Als nun vor Wochen der Wahlrummel in der Union begann, im Vergleich zu dem auch unsere bestellten schweizerischen Wahlsprüche als kleinparteilich beiseite und gemächlich erscheinen mögen, da konnte man zwischen dem Lärm und Tamtam oft vernehmen, daß viele, sehr viele Wähler und Wählerinnen unbewegt blieben. Sie sagten: Präsident Coolidge hat sich als Ehrenmann erwiesen; wir können ihm vertrauen, und er tut, was er soll. Warum sollen wir einen andern wählen? — Und so kam Coolidge zu einer so ehrenvollen Wiederwahl, obgleich er selber sich gar nicht in den Wahlkampf stürzte, wie es alle Präsidenten vor ihm getan hatten, sondern ruhig im Weißen Haus, (Amtswohnung des Präsidenten) blieb und seiner Amtspflicht oblag. — Man darf in diesem Wahlausgang wohl ein Zeugnis für den einsigen, gefunden Sinn des amerikanischen Wahlvolkes sehen.

Ausfallend und enttäuschend nannten wir oben den Erfolg oder Mißerfolg, der dem Reformen, Senator La Follette zu Teil wurde, der die Union politisch erneuern möchte. Man durfte aus vornherein seinen Ausgang doch ziemlich höher einschätzen. Er trat sich freilich sehr widerprüchlich auf: aus dem organisierten Arbeiterstand, den Farmern des Nordwestens, den Deutsch-Amerikanern und natürlich auch aus einer sonstigen bunten Gesellschaft Unzufriedener überhaupt. Es stellt abzuwarten, was La Follette des weiteren tun oder nicht tun will.

Wir haben in letzter Nummer schon gemeldet, Coolidge sei als Präsident wieder gewählt, aber nur im ersten Stadium. Weitere zwei Stadien liegen nun noch in der Zukunft. Die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten ist nämlich eine indirekte Volkswahl. Die Schöpfung der Verfassung von 1776 stellen die damaligen Verhältnisse und die Zusammenziehung des Wahlvolkes zur direkten Wahl des Präsidenten nicht für geeignet. Sie führten zu viel Variation, auch sonst mangelhafte Unzulänglichkeiten und Gefahren, die aus der Zeit heraus wohl zu vermeiden waren. Verfassungsmäßig geht die Wahl in drei Stadien vor sich: 1. Am ersten Dienstag November werden in den Staaten (unseren Kantonen entsprechend) die Wähler, Wahlmänner, gewählt. Da aber die Präsidentschaftskandidaten schon lange bekannt sind, so werden

hatte, auszurufen. Und jedesmal, wenn ich in der Hoffnung, das frühere Verhältnis herbeizuführen, sie bei mir behaltend wollte, sah ich, wie ihr Antlitz sich veränderte, während sie mir in entzücktem Ton, der mich eina berührte, sagte: „Lied Julianna?“

Sie fuhr dann mit sanfterer Stimme, in der unter der ineinander Strenge die lebendige Mütterlichkeit ahnte, fort:

„Glaubt dir, weil du sie nicht mehr siehst, ich denke nicht mehr an sie?“

Dann küßte sie mich mehrmals bestia und fügte hinzu: „Ich werde immer ebenmäßig an sie denken, wie an dich.“

## Vlin Braun.

Im Verlaß Hermann Klein, Berlin-Grunewald, ist eine bemerkenswerte Zeit gekommen, die Herausgabe der Werke von Vlin Braun. Die Werke sind das Zeugnis eines Lebens, das von leidenschaftlichem Willen befeuert war, der höchsten Aufgabe des Menschen gerecht zu werden, nämlich der: die Wahrheit seiner Überzeugung wahrzusagen, sich mit größtem Ernst auseinanderzusetzen mit allen Problemen, die das Leben birgt und schließlich dadurch das eigene Selbst auszuformen und anzuerkennen bis an die Grenze der einmal gegebenen irdischen Veranlagung. Vlin Braun, hingerodert in die Wege des kaiserlichen eines preussischen Adelsskizzen, wurde schon früh durch ihre große Menschlichkeit dem geistig hoch gewachsenen Gange des äußeren Lebens entgegen, wandte sich frühzeitig dem Sozialismus zu, wird nach hartem Kampf mit ihrer Familie eine eifrige Parteigenossin, erlebte alle die Konflikte solcher Verbundenheit und schließlich die Spaltung und Trennung von der Partei, als

die Wähler auf einen bestimmten Kandidaten hin gewählt, auf denselben verpflichtet, gebunden. Sie bilden das electoral college. Aus diesen Wählern konnte man am 4. November abhin die Wiederwahl von Coolidge und die Wahl des zugleich mit ihm gewählten Vizepräsidenten Dawes (des Dawes von dem diegenannten Dawesplan) verurteilen. — 2. Am zweiten Montag im Januar 1925 werden dann diese Wahlmänner, in ihren Staaten und nach dem vielfach von einander verschiedenen Gesetzen dieser Staaten gewählt, in der Hauptstadt ihres Staates — nicht etwa in Washington — zusammenzutreten und die Stimme abzugeben für den Kandidaten, auf den sie verpflichtet sind. Das Ergebnis dieser Wahlen, die Wählenden geben dann in einigen Exemplaren, wohl veriegelt, nach Washington, wo sie bis zum folgenden, letzten Termin verwahrt bleiben. 3. Am zweiten Dienstag Februar werden dann die Wahlen in amtlich feierlicher Weise eröffnet. Es wird gewählt und wer die besten Stimmen hat, ist gewählt, und amtlich werden nun Präsident und Vizepräsident ernannt.

Einen Monat später, anfangs März, treten die Gewählten ihr Amt an. Coolidge und Dawes, am 4. November gewählt, werden erst im März 25 zu amten beginnen. —

Für den Fall, daß diese indirekte Volkswahl kein positives Ergebnis (kein absolutes Mehr — es gibt auch Zwischengänge, Wahlzurück u. dgl.) zustande brächte, werden die Wahlen, wie man sagt, in den Kongress geworfen. Das Repräsentantenhaus hat dann den Präsidenten, der Senat den Vizepräsidenten zu wählen. Die Bestimmungen darüber sind — was möglich — noch unklar, aber als diejenigen über die Volkswahl. Wir halten es nicht für nötig, darauf noch einzugehen.

Es gibt viel Umstände und Mühen, bis ein amerikanischer Präsident gewählt ist. Ist er es aber endlich, dann hat er für 4 Jahre eine Machtstellung weit über derjenigen des Königs von England und aller andern konstitutionellen Könige.

**Die neue britische Regierung**  
ist gebildet. Baldwin hat keine Mitglieder aus andern Parteien zugezogen, wie ihm etwa suggeriert worden. Es ist ein reines, einheitliches Parteiministerium von konservativem Bekenntnis. Aber es enthält auch keine konservativen Ultra's, keine „Diehard's“, deren Einfluß dem ersten Kabinett Baldwin nicht zum Heil war. Dagegen besitzt das neue Kabinett anerkannte Kapazitäten, die der ersten Baldwin-Regierung mangelten.

Die neue Regierung hat, wie man so zu sagen pflegt, von Labour abgesehen, im allgemeinen eine gute Presse. In England und, was wichtig ist, auch in Frankreich, Baldwin und sein neuer Außenminister, Austen Chamberlain, haben kürzlich Gelegenheit genommen, beim 10. Lordmayorbankett in London ihr programmatisches Bekenntnis abzulegen. Da wurde betont, daß man die wiedergewonnene Freundschaft mit Frankreich richtig pflegen wolle. Darüber natürlich Genugtuung u. Freude in Frankreich, wo man es schon dankbar empfand, daß Baldwin nicht wieder Lord Curzon zum Außenminister berufen hatte, der den Franzosen so sehr „auf die Nerven gegangen“ war. Auch die nationalistische Presse in Frankreich zeigt neue Hoffnungsstimmung.

**Die Berliner Konferenz über die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule.** (Schluß.)

Frau Köhler von Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands begrüßte zwar, daß sich jetzt im hiesigen Beruf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen häufig in ihren Bestrebungen einander näherten, sie glaubt aber, daß die hauswirtschaftliche Ausbildung eine Berufsausbildung sei, die nur für die Hausangestellten ein Bedürfnis wäre. Außerdem tabelte sie, daß in Bremen eine Reihe von Mädchen neben dem halbtägigen Schulbesuch noch erwerbsmäßig sei. Frau Kromer und Frau Heineken erwiderten ihr, daß sich wohl die ganze Versammlung darin einig sei, daß alles geiche müsse, um zu vermeiden, daß die Mädchen noch neben der Schule anstrengend arbeiten müßten, daß aber ja leider

ihre Erkenntnis anfangs, daß es ja nicht die materialistische Entwicklung ist, die den Geist zur Harmonie, die Menschen zur Einheit zusammenzuführen vermag. Mit dem Ziel des größten Wohls der größten Anzahl, an das sie zuerst gedacht hatte, sah sie nun eine Gesellschaft bedürftiger Kleinbürger vor Augen und der Weg zum Ziel scheint ihr erst dann gefunden werden zu können, wenn die Idee der ethischen Neuerung, der Idee der humanistischen Fühlens, der Idee der christlichen Nächstenliebe, die eine gewisse Neuerung, die noch den Geist des Menschen, vor allem auch bei sich selbst.

Diese ganze geistige Entwicklung schildert Vlin Braun in ihren „Memoiren einer Sozialistin“ die ein ausgezeichneter klarer Spiegel der sozialen Notwendigkeit eigener Entschlossenheit, sowie derjenigen der sozialdemokratischen Bewegung sind. Die geistigen Strömungen, die gesellschaftlichen Umlagerungen, deren Sinn- und Zielbewußtsein und die menschlichen, sowie die zeitliche bestimmende Persönlichkeiten werden sehr lebendig und klar geschildert.

Vlin Braun hat aber nicht nur ein großes soziales Verantwortungsbewußtsein, sie war auch eine sehr künstlerische Begabung, hatte einen außerordentlich feinen Instinkt, ein feines Temperament. Neben den vielen Aufgaben des parteipolitischen Lebens gab sie sich darum auch jenen andern Anforderungen ihrer reichen Natur hin. Sie ergriff als erste größere künstlerische Aufgabe die Gestaltung eines ihr persönlich eng verbundenen Lebens, die Geschichte ihrer eigenen Großmutter, der schonen geistvollen Jenny von Zappenberg, die ein natürliches Kind des Königs Friedrich war und ihrer Tante, die noch den Strahlen der großen lebendigen Sonne lebte, die über den politisch zerfallenen und geknickten Deutschland jener Zeit leuchtete; denn dieses glückliche Kind war ein liebendes Goethe und hatte Teil an dem ganzen vieljährigen Leben, das von

die wirtschaftlichen Verhältnisse es häufig notwendig machten. Frau Heineken zeigte an verschiedenen Beispielen, wie der Gemeinnützigkeit in der Schule schon dahin geführt habe, daß die Mädchen, die neben der Schule noch streng arbeiten müßten, während den Schulstunden dafür von den Mitschülerinnen besonders vermehrt werden.

Am diesem Tage schloß Frau Hedwig Seyd mit bewegten Worten die Tagung. Sie sei beglückt, daß in ihrer Vaterstadt Bremen der neue Gedanken sich zuerst Bahn gebrochen habe und daß sie aus den Plänen der Schule erliebe, daß man jetzt bestriffen habe, daß Hauswirtschaft ein Erzieherberuf sei.

Der zweite Tag der Verhandlungen brachte in der Hauptsache eine Auseinandersetzung mit den Vertretern der Berufskräfte an den Fach- und Fortbildungsschulen. Von einzelnen Stellen wurde über gute Erfahrungen mit der Vertiefung des hauswirtschaftlichen Unterrichts auf drei Fortbildungsschulen berichtet. Aber hier konnte immer wieder nachgewiesen werden, daß eine solche Vertiefung nicht die wirkliche hauswirtschaftliche Ausbildung aller Mädchen gewährleistet und daß der erzieherische Einfluß bei täglichem Schulbesuch ein unendlich stärkerer sei.

Von Seiten der Vertreterinnen der Berufsverbände wurde darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung des hauswirtschaftlichen Unterrichts aus dem Volksschule, wie sie in Bremen geschaffen ist und von dort empfohlen wird, um durch diese Erziehung auf der einen Seite die Stadtverwaltung zu gewinnen, nicht erwünscht sei. Hauswirtschaftlicher Unterricht in Volksschulen sei als Berufsvorbereitung und als praktische Lebensführung anzusehen und deshalb in allen Jahrgängen der Volksschule einzuführen. Sehr wertvoll waren die Äußerungen von Herrn Dr. Liebenberg, Direktor des Landesamtes Berlin, der den Reichsverband ebenfalls anforderte, für die höhere Bewertung des hauswirtschaftlichen Berufs, der leider jetzt vielfach im Volkse als minderwertig angesehen wird, sich einzusetzen, und Frau Clever-Dortmund, Leiterin des hiesigen Arbeits- und Berufsamtes, die ausführte, daß sie zwar einen späteren Zeitpunkt für besser zur Erteilung des hauswirtschaftlichen Unterrichts halte, aber die Unmöglichkeit einlege, die Mädchen noch später als in der ersten. Sie ersucht ein Zusammenarbeiten des Reichsverband, Berufsschule und Berufsamt für unbedingt notwendig.

Sehr interessant war die Angabe der Vertreterin des Verbandes der fah. Hausangestellten München über eine Statistik, die folgende Zahlen über die Vorbildung von Hausangestellten ergab hat: feinerste Vorbildung 52,5 Prozent, durch Dienstherrschafft 11,64 Prozent, in einzelnen Fächern 30,46 Proz., durch Haushaltungsschule 4,4 Prozent.

Frau Martin, die langjährige Leiterin des Fachschul-Verbandes II, führte aus, wie notwendig die Bildung einer hauswirtschaftlichen Zentralfolge sei.

Zum Schluß konnte Frau Direktorin Deneken die Gemüthsart über Kreise stellen in dem Verantwortungsbewußtsein der weiblichen Jugend gegenüber. Sie schloß vor, eine Kommission zu bilden, die diese Fragen weiter bearbeitet. Daraufhin wurde als Ergebnis der Beratungen folgendes einstimmig angenommen:

Der Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine wird gebeten, eine Kommission mit der weiteren Beratung der gesamten Fragen sich zu betätigen. Der Kommission sollen angehören: Vertreter der Hausfrauen und der übrigen einschlägigen Berufsorganisationen, Vertreter des Berufsamts und Vertreter der Berufsverbände der Frau- und Arbeitervereine. Die Kommission soll Vorschläge für die Finanzierung der Arbeit in Reich, Land und Kommunen machen und auf ihre Durchführbarkeit achten. Sie soll in Verbindung mit dem parlamentarischen Ausschuss des R. D. S. die Vorarbeiten an einem Reichs-Rahmen-Gesetz in die Wege leiten.

Anschließend wurde einstimmig als Richtlinien für die hauswirtschaftliche Ausbildung in der Berufsschule folgendes angenommen:

1. Die Versammlung ersucht die Art der hauswirtschaftlichen Ausbildung in der Berufsschule als ungewöhnlich und fordert die Umgestaltung derselben.

2. Die Versammlung ersucht die Art der hauswirtschaftlichen Ausbildung in der Berufsschule als ungewöhnlich und fordert die Umgestaltung derselben.

3. Die Versammlung ersucht die Art der hauswirtschaftlichen Ausbildung in der Berufsschule als ungewöhnlich und fordert die Umgestaltung derselben.

4. Die Versammlung ersucht die Art der hauswirtschaftlichen Ausbildung in der Berufsschule als ungewöhnlich und fordert die Umgestaltung derselben.

5. Die Versammlung ersucht die Art der hauswirtschaftlichen Ausbildung in der Berufsschule als ungewöhnlich und fordert die Umgestaltung derselben.

6. Die Versammlung ersucht die Art der hauswirtschaftlichen Ausbildung in der Berufsschule als ungewöhnlich und fordert die Umgestaltung derselben.

7. Die Versammlung ersucht die Art der hauswirtschaftlichen Ausbildung in der Berufsschule als ungewöhnlich und fordert die Umgestaltung derselben.



